

1 **Jochen Ott** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr
2 Kollege Paul, der Witz ist eben, dass in dem Gutachten deutlich
3 angespannte Bereiche nicht mehr als solche gekennzeichnet werden.

4 Sie können keinem Menschen in Hürth erzählen, dass der
5 Wohnungsmarkt dort nicht angespannt ist. Insofern ist Ihre
6 Grundannahme falsch; das haben wir heute dargestellt. Ich bin der
7 Meinung, dass Mietpreisbremsen dort gelten müssen, wo der Mietpreis
8 angespannt ist.

9 Die nordrhein-westfälische SPD und die SPD-Landtagsfraktion haben
10 sehr deutlich gesagt, dass wir den Sicher-Wohnen-Fonds für richtig
11 halten.

12 Man wird aber vor allem deshalb noch einmal hingucken müssen, weil
13 nach meiner Rückmeldungen die größten Probleme die kleinen
14 Geschäfte, die Kneipen, die Friseure und die Kioske in den Siedlungen
15 sind, die zum Teil schließen mussten. Sie haben das große Problem, dass
16 sie ihre Miete wahrscheinlich auch nicht im Nachgang bezahlen können,
17 weil sie gar nicht so viel verdienen. Dort scheint es einen besonderen
18 Druck zu geben, um den wir uns kümmern sollten.

19 Das müssen wir auch dringend bei den Kleinstvermietern tun, die ein,
20 zwei oder drei Wohnungen für ihre Altersvorsorge besitzen. Diese
21 Meinung habe ich immer vertreten und werde sie auch weiterhin vertreten.

22 Ich nehme Haus & Grund, aber auch die Vermieter und Investoren sehr
23 ernst; das haben wir die ganze Zeit getan. Darum haben wir in die
24 Landesbauordnung etwas hineingeschrieben, das ihr herausgenommen
25 habt: Sollten die Bauvorhaben nicht innerhalb eines Jahres genehmigt
26 werden, gilt das Hamburger Modell, wonach die Bauten dann als

27 genehmigt gelten. – Das hatten die beiden damaligen Koalitionsfraktionen
28 in der Landesbauordnung beschlossen, aber ihr habt das wieder
29 herausgenommen.

30 Das hätte Druck auf die Kommunen ausgelöst. Ich kenne einzelne Fälle,
31 in denen man sieben, acht, neun oder zehn Jahre auf die
32 Baugenehmigung wartet. Das ist inakzeptabel.

33 Zum Teil sind das Folgen von „Privat vor Staat“ und dem Personalabbau
34 in den Verwaltungen; zum Teil liegt es auch an Vorgaben. Da muss man
35 ran. All das hat aber nichts mit dem Mieterschutz zu tun.

36 (Zuruf von der FDP)

37 Beim Mieterschutz geht es darum, ob die Menschen ihre Wohnungen
38 bezahlen können und es Grenzen bei den Mietsteigerungen gibt. Deshalb
39 werden wir – um das klipp und klar zu sagen – die Investoren in diesem
40 Land, die kleinen Entwickler und diejenigen, die investieren wollen,
41 weiterhin brauchen. Wir müssen sie unterstützen.

42 Ich mache mir im Rahmen der Coronapandemie an vielen Stellen große
43 Sorgen um die Geschäftstätigkeit. In den letzten drei Monaten wurden
44 nicht mehr Flächen eingekauft. Die spannende Frage wird deshalb sein,
45 was jetzt auf dem Markt passiert. Wenn er nachlässt, kann es durchaus
46 sein, dass wir an vielen Stellen Probleme bekommen; deshalb muss man
47 das sehr ernst nehmen.

48 Jetzt komme ich zu dem Punkt, den Sie nicht bereit sind, mit uns zu
49 diskutieren. Seien Sie bitte ehrlich: Wir haben ein Problem beim
50 Regionalplan. Wie viele CDU-Ratsfraktionen haben intern gerade vor der
51 Kommunalwahl massive Probleme, überhaupt über den Wohnungsbau zu
52 sprechen? Die Kollegen sagen reihenweise: Bei mir gibt es aber eine

53 Bürgerinitiative; da wollen wir nicht.

54 (Zuruf von der CDU)

55 Von den Grünen, von der SPD und von der FDP will ich gar nicht
56 sprechen. Überall im Land ist „not in my backyard“ immer noch unser
57 Hauptproblem.

58 Die Flächen, die in der regionalen Entwicklungsplanung in einzelnen
59 Kommunen herausgestrichen werden sollen, werden ein Problem für uns
60 alle, weil niemand die Interessen der Menschen vertritt, die noch keine
61 Wohnung haben.

62 Das ist doch kein parteipolitisches, sondern das ein objektives Problem:
63 Wann fangen wir an, darüber zu reden? – Ich sage das hier seit drei
64 Jahren immer wieder, davor übrigens auch.

65 Der letzte Punkt macht mich wirklich ärgerlich. Die kommunalen
66 Spitzenverbände und übrigens auch der VdW schreiben in ihrer
67 Stellungnahme: Es ist nicht ausgemacht, welche Folgen diese Einsetzung
68 auf die soziale Wohnraumförderung haben wird.

69 Dazu kann die Ministerin Stellung beziehen, denn immerhin ist jetzt von
70 der Landesregierung höchstgutachterlich festgelegt worden, wo es
71 angespannt ist und wo nicht. Welche Auswirkungen hat das auf die
72 Gebietskulisse des geförderten Wohnungsbaus, die wir vor Kurzem
73 sinnvollerweise angepasst haben? – Der Städtetag schreibt, was passiert.

74 Lieber Kollege Klocke, du hast gerade von der Konzeptvergabe
75 gesprochen. Was ist mit den Konzeptvergaben? Was ist mit anderen
76 städtebaulichen Eingriffen in unseren Kommunen, wenn die Grundlage
77 entzogen ist, denn der Wohnungsmarkt zum Beispiel in Neuss ist gar
78 nicht mehr angespannt? Mit welchem Recht darf man einem Eigentümer

79 dann sagen: Du baust 30 % geförderten Wohnungsbau?

80 Das sind juristisch hoch komplexe Dinge, über die Sie aber einfach
81 hinweggehen. Sie nehmen das nicht ernst. Das ist keine solide
82 Regierungspolitik.

83 Es wäre anständig gewesen, sich das in einer offenen Anhörung
84 anzuhören und Antworten zu geben, von mir aus mit einer Gegenreaktion
85 eines anderen Gutachters, aber so geht das nicht. Sie spielen leichtfertig
86 mit sozialer Stadtentwicklung.

87 Kollege Paul, Sie machen genau das Gegenteil von dem, was in Berlin
88 passiert. Was sie dort übertreiben, übertreibt ihr hier. Wir müssen an der
89 Stelle mehr Karl-Josef Laumann und soziale Marktwirtschaft machen, als
90 diesen neoliberalen Kurs fortzusetzen.

91 (Beifall von der SPD)

92 **Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Für
93 die Landesregierung hat Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.